Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile 20 mm breit M. 400.–, für auswärts M. 500.–, für das Ausland M. 3000.–, Reklamezeile 81 mm breit M. 1800.–, für auswärts M. 2000.–, für das Ausland M. 6000.–, Briefgebühr für Buchstabenanzeigen M. 200.–, Preisermäßigung lt. Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann keine Gewähr übernommen werden.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch den Boten monatlich M. 3000.–, Postbezug laut Einheitsnummer in den Postlisten. Bezugspreis für die Tschecho-Slowakei monatlich 6 Kr. 15.–, Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1600.–, Kreuzbandsendungen nach dem Auslande wöchentlich M. 3500.–. Einzelnummer M. 200.–

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 27980, 27981, 27982 und 27983. • Postscheckkonto: Dresden Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.

Nr. 102 | Freitag, 4. Mai 1923 | XXXI. Jahrg.

Die Aufnahme des deutschen Angebotes

Völlige Ablehnung in Frankreich — Zurückhaltung in England und Italien — Hoffnungen auf Fortsetzung des internationalen Meinungsaustausches

Das Echo des Auslandes

B. Berlin, 3. Mai. (Eig. Drahtbericht)

Das Echo aus dem Auslande ist einstweilen bei der neuesten Note nicht freundlicher als bei früheren Schritten früherer deutscher Regierungen.

Paris

scheint zur Ablehnung schon jetzt entschlossen zu sein. Wie der „Vossischen Zeitung" berichtet wird, teilte Poincaré gestern abend acht Uhr den französischen Pressevertretern mit, die deutsche Note werde heute vormittag vom Ministerrat geprüft werden. Poincaré fügte hinzu, es könne jetzt schon als sicher gelten, daß Frankreich die deutschen Vorschläge als unannehmbar erklären wird. Sympathischer stellt man sich

in Rom

Die deutsche Note wurde gestern mittag von dem deutschen Botschafter persönlich überbracht. Der deutsche Botschafter las Mussolini die Note vor und blieb noch etwa eine halbe Stunde bei ihm, um wichtige Erläuterungen zu geben. Viel bemerkt wurde auch die Anwesenheit des Pariser italienischen Botschafters in Rom, der nach dem deutschen Botschafter das Zimmer des Ministerpräsidenten betrat. Später wurde den Journalisten an amtlicher Stelle erklärt, die Note scheine nach einer ersten Prüfung zwar nicht völlig zufriedenstellend, wohl aber geeignet, als Basis für die Aufnahme von Verhandlungen zu dienen.

In England

ist man sicherlich mehr zurückhaltend. So wird man wohl auch die von der Reuter-Agentur ausgegebene halbamtliche Information aufzufassen haben, daß die britische Regierung sich ernstlich bemüht habe, „allen beteiligten Parteien klarzumachen, daß sie mit der deutschen Note in keiner Weise in Verbindung stehe und daß sie an der Abfassung der Vorschläge nicht beteiligt gewesen sei". (Womit von englischer Seite wiederholt offene Türen eingerannt werden.) Ein in außenpolitischen Fragen erfahrener Parlamentarier erklärte gestern dem Londoner Korrespondenten der „Vossischen Zeitung", ein Teil des Kabinetts, welcher den führenden Wirtschaftskreisen besonders nahesteht, werde wahrscheinlich beantragen, daß die Regierung am nächsten Donnerstag im Unterhause die Erklärung abgeben soll, die deutsche Note stelle zwar keine annehmbare Form für die endgültige Regelung des Reparationsproblems dar, sei aber geeignet, unter den Alliierten und mit Deutschland als Basis einer fruchtbaren Diskussion zu dienen. Es sei aber zu besorgen, daß andre Strömungen im Kabinett dazu neigen könnten, Englands Antwort von dem Inhalt der Pariser Antwort abhängig zu machen. Eine Lloyd George nahestehende Persönlichkeit meinte zu demselben Korrespondenten, daß nach einer Stellungnahme des englischen Kabinetts auf alle Fälle ein Meinungsaustausch zwischen London, Rom, Brüssel und Washington von der englischen Regierung eingeleitet werden dürfte. Zu den englischen Versuchen, sich in der Pilatusrolle zu üben, bemerkt der „Vorwärts" unsres Erachtens mit Recht: „Lord Curzon hat der deutschen Regierung einen schwerwiegenden Rat erteilt. Sie hat ihn befolgt. Würde nun daraus statt der erhofften Entspannung eine weitere Verschärfung der Lage entstehen, dann könnten sich der britische Außenminister und die ganze britische Regierung der Verantwortung für eine solche verhängnisvolle Entwicklung der Dinge nicht entziehen." In Rom spricht man übrigens, wie der „Vossischen Zeitung" gemeldet wird, viel von

bevorstehenden allgemeinen europäischen Komplikationen

Man meint, die Reise Fochs nach Warschau sei symptomatisch, ebenso seine Ernennung zum Marschall von Polen, ein Titel, der nach der „Stampa" eine täglich klarer werdende und täglich kritischere Situation kennzeichne. Nicht umsonst habe Fochs Reise als fernere Ziel Prag und Belgrad.

Die Welt hat das Wort

„Die Welt hat bisher dem Zwist an der Ruhr wie einem Schauspiel zugesehen, ohne sich sonderlich dafür zu interessieren. Wir haben sie noch einmal ausdrücklich und in aller Form vor die Frage gestellt, will sie den Frieden oder will sie die Fortdauer eines Konfliktes, der zu unberechenbaren Ereignissen führen kann. Die Welt hat das Wort." Mit diesen Worten schloß Reichskanzler Dr. Cuno seine Rede vor den deutschen Ministerpräsidenten, in der er das deutsche Angebot erläuterte und erklärte. Der Reichskanzler betonte in dieser Rede mit Recht das Ungewöhnliche dieses deutschen Schrittes. Die deutsche Note, die ein weitgehendes Angebot der Reichsregierung enthält, erfolgt mitten in einem bisher mit Erfolg geführten Abwehrkampf, zu dessen Fortsetzung alle Schichten des deutschen Volkes einmütig entschlossen sind. Er erfolgt ferner, ohne daß die Haltung des Gegners dazu Anlaß gäbe. Ja, die letzten Reden, die in Paris gehalten worden sind, hätten jede deutsche Regierung im gegenwärtigen Augenblick eigentlich von einem solchen Schritt zurückhalten sollen.

Wenn die deutsche Regierung sich trotzdem zu einem Angebot entschlossen hat, so beweist sie damit, daß es ihr vor allen Dingen darauf ankommt, endlich den Frieden in Europa wiederherzustellen und alle berechtigten gefühlsmäßigen Elemente, selbst den Zorn und die Erbitterung über den unberechtigten Einbruch in das Ruhrgebiet, zurückzustellen vor dieser großen Aufgabe.

Man hat von uns ein Angebot verlangt. Wir haben ein solches Angebot gemacht. Man hat von uns ein formelles Angebot an sämtliche alliierten Mächte verlangt. Wir haben dieses Angebot gemacht. Man hat von uns ein ziffernmäßig bestimmtes Angebot verlangt. Wir sind so weit gegangen, auch ein solches ziffernmäßiges Angebot zu machen, obwohl selbst hervorragende Leute im Auslande, wie zum Beispiel Lord Curzon, eine solche Ziffer von der deutschen Regierung in ihrer gegenwärtigen Situation nicht verlangen zu dürfen glaubten. Ja, diese Ziffer, diese dreißig Milliarden Goldmark, die sich Deutschland bis zum 1. Juli 1931 aufzubringen verpflichtet, ist so hoch gegriffen, daß weite Kreise des deutschen Volkes und weite Kreise der ausländischen Finanzsachverständigen der Meinung sind, daß sie über das deutsche Können hinausgehe. Jedenfalls hat die deutsche Regierung mit vollem Recht in ihrer Note darauf hingewiesen, daß sie mit diesem Vorschlage bis an die äußerste Grenze dessen gegangen ist, was Deutschland bei Anspannung aller Kräfte zu leisten vermag.

Die deutsche Note begnügt sich aber nicht damit, eine Ziffer zu nennen; sie hat auch für die Möglichkeit, daß sich über diese Ziffer keine Einigung erzielen lassen könnte, vorgesorgt und, den Anregungen des amerikanischen Staatsmannes Hughes und des Engländers Curzon folgend, eine internationale Kommission irgendwelcher Art zur Bestimmung dieser Ziffer vorgeschlagen. Käme es wirklich bei dem jetzigen Konflikt nur auf die Höhe der Reparationssumme an, so dürfte nach einem solchen Angebot eine Einigung nicht mehr schwer fallen. Was Deutschland zahlenmäßig anbietet, berührt sich ungefähr mit dem früheren Vorschlage von Bonar Law, deckt sich wohl auch im großen und ganzen mit der von Loucheur vor einiger Zeit aufgestellten Rechnung von 100 Milliarden Papierfranken, als dem Gegenwartswert der deutschen Reparationsschuld. Und dieses deutsche Angebot bekommt noch ein ganz andres Gesicht, wenn man hinzunimmt, daß wir bis zur Besetzung des Ruhrgebietes an Sachlieferungen usw. bereits 42,8 Milliarden bezahlt hatten.

Also die Ziffer könnte kaum noch Schwierigkeiten bereiten. Aber auch die Frage der Garantien, auf die es Frankreich vor allen Dingen ankommt, wird in der deutschen Note so behandelt, daß sie zum mindesten die Basis für weitere Diskussionen abgeben könnte. Die deutsche Regierung ist bereit, spezielle Garantien zu stellen. Bekanntlich ist alles, was dem Reich und den Ländern gehört, die Eisenbahnen, die Zölle und die Steuern, kraft des Versailler Vertrages bereits den Gegnern verpfändet. Das deutsche Angebot geht aber, wie der Reichskanzler mit Recht ausführte, noch über all das hinaus. Die deutsche Reichsregierung will die gesamte deutsche Wirtschaft, Industrie, Landwirtschaft, Handel und Finanzen mit ihren gesamten Kräften für die Reparationsleistungen heranziehen, und zwar, wie der Reichskanzler ausdrücklich betont, „in konkreter, nötigenfalls im Wege der Gesetzgebung festgelegter Form für die Sicherung der Anleihe, die wir auf dem Weltmarkt erhalten." „Wir werden", erklärte Dr. Cuno wörtlich, „in der Erfassung der gesamten deutschen Wirtschaft mit der durch das Gesamtinteresse gebotenen Rücksichtslosigkeit vorgehen." Verlangt man wirklich im Auslande eine noch deutlichere Erklärung dafür, daß es der deutschen Reichsregierung auch in der Frage der Garantien ernst ist?

Allerdings eine Garantie kann Deutschland Frankreich nicht geben. Das ist das Ruhrgebiet und das Rheinland. Auch hier ist die Note völlig klar. Wir verlangen die Räumung der neubesetzten Gebiete und werden den Widerstand fortsetzen, bis diese Räumung erlangt ist. Wir können es nicht zulassen, daß Frankreich sich in der einen oder in der andern Form, sei es wirtschaftlich, sei es politisch, am Rhein oder an der Ruhr festsetzt.

Aber gerade das ist der Punkt, an dem sich die Geister jenseits und diesseits der französischen Grenze scheiden. In Frankreich versteht man unter Garantien sogenannte „positive Garantien", das heißt die Besetzung deutschen Landes und die Kontrolle deutscher Wirtschaft. Und daher die einmütige Ablehnung der deutschen Note in Paris. Wenn man die Kommentare der französischen Blätter liest, so erkennt man daraus, daß man sich dort nicht einmal die Mühe genommen hat, die Note genauer zu lesen. Man lehnt einfach ab, weil man eine Kapitulation haben will wie im Jahre 1918. Man will als Sieger mit dem Besiegten verhandeln, das heißt Deutschland ein neues Friedensdiktat auferlegen.

Man darf also die positive Wirkung der deutschen Note für die nächste Zeit nicht mit allzu großem Optimismus betrachten. Man darf auf der andern Seite aber auch nicht alles, was in Paris in der ersten Eile geschrieben wird, für bare Münze nehmen. Man muß sich darauf einstellen, daß zunächst der passive Widerstand mit allen Leiden und Gefahren, die er in sich trägt, fortgesetzt werden muß. Man kann aber auch hoffen, daß die deutsche Note, die in so ruhiger und sachlicher Form abgefaßt ist, mindestens dazu beiträgt, daß die durch die Curzon-Rede eingeleitete internationale Diskussion nicht erneut abreißt. Es finden sich in ihr für Staatsmänner, die guten Willens sind, genügend Punkte, bei denen Anknüpfungsmöglichkeiten vorhanden sind. Deutschland wird für alle derartigen Besprechungen bereit sein. Wir wollen den Frieden, aber der Preis dafür muß zahlbar sein.

Es muß schließlich als ganz besonders erfreulich bezeichnet werden, daß die deutsche Note vom ersten bis zum letzten Worte ernst und würdig, nüchtern und sachlich ist. Es mag Leute geben, die sie sich „sündender" gedacht hätten, die noch immer der Ansicht sind, man könnte die Völker „am Mississippi oder am Yangtse-Kiang, an der Themse oder an der Seine" durch eine Note davon überzeugen, daß Deutschland jetzt einen Kampf für die ganze Menschheit kämpft. Es ist gut, daß sich das Kabinett von derlei rethorischen Experimenten freigehalten hat. Sie würden bei der augenblicklichen Verfassung der öffentlichen Meinung der Welt wahrscheinlich das gerade Gegenteil von dem erzeugt haben, was man beabsichtigte: man würde von „Phrasen" gesprochen haben und die Achseln gezuckt haben. („An der Seine" hätte man ganz sicherlich nur ein ironisches Lächeln gehabt.) Es werden gerade genug inhaltlose Phrasen in die Welt geredet oder geschrieben. Dr. Cuno ist kein Mann großer Worte: er weiß, daß man das Reparationsproblem nicht mit Redensarten löst, sondern mit Taten und der Bereitwilligkeit zu Taten. Die Welt wollte von Deutschland jetzt Tatsachen und Zahlen hören. Die deutsche Note gibt ihr diese Tatsachen und Zahlen. Jetzt hat die Welt das Wort.

Th. Sch.

Frankreich lehnt ab, ohne zu prüfen

× Paris, 3. Mai

Die deutsche Reparationsnote wird von der hiesigen Presse abgelehnt. Der „Temps" schreibt: „Die deutsche Regierung erklärt zunächst, daß die schwebenden Fragen sich nur auf dem Wege gegenseitiger Verständigung lösen ließen. Das läßt darauf schließen, daß Deutschland sich weder durch den Versailler Vertrag, den sein Parlament am 9. Juli 1919 sanktioniert hat, noch durch den Londoner Zahlungsplan, den eine eigens zu diesem Zwecke gebildete Regierung am 10. Mai 1921 angenommen hat, mehrgebunden erachtet. Alles in allem macht Deutschland tabula rasa mit dem Kriege und verlangt, über einen neuen Vertrag zu verhandeln. Die deutsche Regierung erklärt, der Widerstand werde fortgesetzt werden bis zur Räumung sämtlicher Gebiete auf dem rechten Rheinufer und bis zur Widerrufung aller nach deutscher Darstellung vertragswidrigen Maßnahmen auf dem linken Rheinufer. Das läuft darauf hinaus, daß die deutsche Regierung keinerlei Garantie für ihre Loyalität zu geben gedenkt und daß sie siegreich aus dem gegenwärtigen Konflikt hervorgehen will, daß sie schließlich die feste Absicht hat, bei allen Deutschen jene aggressive Stimmung gegen Frankreich und jenes Vertrauen in die überlegene Kraft Deutschlands zu erhalten, die die unerläßlichen Elemente eines künftigen Revanchekrieges sind."

„Journal des Débats" schreibt: „Die deutschen Minister, ob sie dem Zentrum, der Linken oder der Rechten angehören, unterscheiden sich nicht in ihren Methoden. Die schuldigen und besiegten Staaten, denen durch Verträge Schadenersatz aufgezwungen wurde, zahlen nicht und suchen sich bei andern Geld zu leihen. Gestern sind in Paris ungarische Minister eingetroffen, um Operationen dieser Art durchzuführen. Sie verlangten Kredit und Aufhebung der Hypotheken, die auf dem Friedensvertrage von Trianon lasten. Bulgarien versucht diesem Beispiel zu folgen. Was die Türkei betrifft, so findet man, daß sie jetzt Indemnitäten fordert, anstatt zu bezahlen." — „Liberté" führt aus: „Deutschland bietet uns das Geld der andern. Es will Anleihen in den Vereinigten Staaten aufnehmen. Das sind die klassischen Wege eines Schuldners, der in den letzten Zügen liegt, der in einem Monat mit einem Schreck, den er aus Amerika erwartet, alles zurückzahlen will. Die einzigen, die darüber lachen mögen, sind die Amerikaner. Während man von diesen Dollars träumt, besteht Staatssekretär Wadsworth im Namen des Schatzamtes in Paris auf der Bevorzugung für alle möglichen zukünftigen Zahlungen Deutschlands hinsichtlich der amerikanischen Besatzungskosten." Das Blatt beurteilt die Vorschläge, die heute übermittelt worden sind, als Spaziergang auf Wegen, die man bereits selbst abgeschritten hat. — „Intransigeant" sagt: „Die letzten deutschen Angebote beschränkten sich auf 15 Milliarden. Das würde für Frankreich eine etwas größere Summe als 8 Milliarden eintragen. Die Reparationskommission soll ihrer Rechte entkleidet werden. Man will sie durch ein gemischtes Schiedsgericht ersetzen. Die Garantien für die internationalen Anleihen sind gleich Null. Die deutschen Angebote, die keinen ernsthaften Vorschlag darstellen, sollen der Propaganda dienen, die Moral des deutschen Volkes wieder aufrichten und die Lage Deutschlands im Auslande verbessern, sowohl bei den andern Alliierten als auch bei den Neutralen."

•

Zur Fortsetzung der Diskussion bereit

× London, 3. Mai. **Die heutige Morgenpresse veröffentlicht den vollen Wortlaut der deutschen Note. Alle Blätter nehmen in Leitartikeln dazu Stellung. Sie wird von den meisten Zeitungen hauptsächlich wegen ihres Tones kritisiert. Da sie an alle Alliierten gerichtet sei, schreibt „Westminster Gazette", so habe jeder der Alliierten das Recht, seine Ansicht auszudrücken. Man könne mit Sicherheit voraussagen, daß weder England noch Amerika die Note ohne weiteres zurückweisen würden. Auch Italien werde wahrscheinlich die Gelegenheit ergreifen, um seine Ansichten bekanntzugeben. Belgien werde wahrscheinlich dem zustimmen, was Frankreich sage. Gestern abend schien nicht viel Hoffnung zu bestehen, daß die französische Regierung einen andern Standpunkt als den der summarischen Verwerfung einnehmen werde. Der gesamte Tenor der deutschen Note lasse darauf schließen, daß die Bedingungen elastisch seien und nicht unterbreitet worden wären in irgendeinem Gedanken, ein letztes Wort in dieser Frage zu sprechen.**

•

Schweizer Urteile

+ Basel, 3. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die „Basler Nachrichten" sagen heute zu dem neuen deutschen Angebot: „Die deutschen Vorschläge haben den Charakter einer vernünftigen Diskussionsbasis. Ueber die Höhe des deutschen Angebots und über die Garantien der Anleihen ließe sich reden. Beiden fehlen die Hauptvoraussetzungen eines Ergebnisses: französische Verhandlungsbereitschaft oder angelsächsische Vermittlungsabsichten. Deshalb habe es auch keinen Zweck, weiter über das Angebot zu diskutieren, denn angesichts des Schicksals, das ihm von Paris aus zuteil wird, hat jede Diskussion nur akademischen Wert. In einem Pariser Bericht des gleichen Blattes wird darauf hingewiesen, daß Frankreich wegen Nichteingreifens der Engländer vollkommen beruhigt sei. Die Erklärung sei dafür vielleicht im nahen Orient und in den dortigen Zusammenhängen zu suchen. Weiter sagt der Pariser Korrespondent des Blattes: „Das deutsche Angebot scheint keine neue Lage geschaffen zu haben, und der Kampf an der Ruhr wird weitergehen. Man glaubt in Frankreich, Deutschland müsse sich in einer mehr oder weniger nahen Zukunft unterwerfen, seinen Widerstand endgültig aufgeben und unter einer andern Regierung als der der Herren Cuno und v. Rosenberg zu Kreuze kriechen." Die „Neue Zürcher Zeitung" beurteilt das deutsche Angebot ganz unsachlich vom französischen Gesichtspunkt aus und kommt natürlich zu einer Ablehnung. Sie sagt: „Die Sachwertbesitzer, die nicht mehr geben wollten, sind in Deutschland mächtiger geblieben als die Regierung, und es ist sonderbar, warum die deutsche Regierung nicht versucht, ein festes Angebot eines großen Finanzkonzerns gegen eine Bürgschaft zu erhalten, um so das Risiko, das jetzt die Gläubiger zu tragen haben, billigerweise selbst zu übernehmen."

Zusammenstöße am 1. Mai in Paris

× Paris, 2. Mai. **Im Laufe des gestrigen Nachmittags kam es aus Anlaß der Maifeier zu verschiedenen Zusammenstößen mit der Polizei. Nach einer Havasmeldung sind 61 Polizeibeamte zum großen Teil unbedeutend verletzt worden. Ein Beamter erhielt einen schweren Messerstich. Von 60 Verhaftungen wurden 50 aufrechterhalten. In der Vorstadt St. Denis kam es nach einer Versammlung zu schweren Zusammenstößen, wobei ein Beamter sehr schwer verletzt und ein Mitglied des Gemeinderates verhaftet wurde.**

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19230504/1